

INFEKTIONEN STIEGEN SPRUNGHAFT

Aufarbeitung der Corona-Pandemie: Was brachte der Impfzwang bei der Feuerwehr?

Die Zahl der Infektionen schoss trotz Impfpflicht nach oben. Schon früh wurden Zweifel an der Wirkung der Corona-Impfung in internen Papieren dokumentiert. Trotzdem drohte die Berliner Feuerwehr Beschäftigten mit Entlassung.



Andreas Kopietz

07.12.2025

🔄 08.12.2025, 19:59 Uhr



Feuerwehrleute aus Berlin, NRW, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern protestieren im Mauerpark zusammen mit Pflegekräften gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Berliner Feuerwehrgemeinschaft

V

or zweieinhalb Jahren wurde die Corona-Pandemie in Deutschland offiziell für beendet erklärt. Doch inzwischen werden immer mehr widersprüchliche Entscheidungen in den Behörden bekannt, mit denen die Grundrechte der Bürger massiv eingeschränkt wurden.

Impfbürokratie und untaugliche Corona-Maßnahmen überforderten auch die Berliner Feuerwehr und brachten dort Angestellte und Beamte oft zur Verzweiflung. Interne Dokumente, die der Berliner Zeitung vorliegen, zeigen nun, dass der vom Bundestag beschlossene Impfzwang in den gesundheitsrelevanten Berufen, der etliche Menschen, die sich verweigerten, den Job kostete, wenig brachte. Denn bei der Feuerwehr stieg die Zahl der Infektionen trotzdem sprunghaft an.



Corona-Impfzwang: Berliner Feuerwehr droht Schadenersatz in Millionenhöhe

Berlin 11.02.2025



Drastischer Anstieg von Einsätzen wegen Herzproblemen und Schlaganfall-Symptomen in Berlin: Ist die Impfung schuld?

Berlin 14.04.2024



Als die ersten Infektionen in Deutschland auftraten, verschickte der Einsatzstab der Feuerwehr vom 25. Februar 2020 bis zum 23. August 2022 insgesamt 186 Lageinformationen „für den internen Dienstgebrauch“ zur aktuellen Situation.

Aus diesen Lagefortschreibungen ergibt sich unter anderem, dass es im gesamten ersten Pandemiejahr 2020 insgesamt 202 laborbestätigte Covid-Fälle von Angehörigen der Berliner Feuerwehr gab (Lagefortschreibung vom 29. Dezember 2020). Davon waren 27 Akutfälle und 175 „Genesenenfälle“.

Im Januar 2022 schossen die Zahlen hoch

Ein Jahr später, am 27. Dezember 2021, waren es 47 Akut- und 332 Genesenenfälle – trotz Impfungen. Wer von den Erkrankten geimpft war und wer nicht, lässt sich nicht mehr ermitteln.

In den darauffolgenden Monaten schossen die Zahlen hoch: Allein im Januar 2022 zählte die Berliner Feuerwehr 239 Akutfälle. Zu der Zeit begann sich die weniger gefährliche, aber wesentlich ansteckendere Omikron-Variante des Virus auszubreiten.

Doch wie konnte es zu einer so drastischen Steigerung kommen? Es gab doch längst die Corona-Impfung, und der Staat hatte drastische Maßnahmen verhängt, um menschliche Kontakte zu verringern.

An intensiverer Testung bei der Feuerwehr konnte der Anstieg der Krankenzahlen wohl nicht gelegen haben. Denn spätestens im 1. Quartal 2021 waren die Testkapazitäten in der Behörde hochgefahren. Die Feuerwehr verfügte auch über genügend PCR-Tests. Jeder Mitarbeiter konnte sich so häufig testen lassen, wie er wollte (Lagefortschreibung vom 23. Februar 2021).

Misstrauen gegen Spritze: Geimpfte nicht von Testpflicht ausgenommen

Die ersten Corona-Impfungen hatten in Deutschland am 27. Dezember 2020 begonnen – zunächst in Alten- und Pflegeeinrichtungen, für Personal im Gesundheitswesen und für Menschen über 80. Am 13. Januar 2021 bekamen dann in Berlin die ersten 58 Feuerwehrleute ihre Spritze.



Feuerwehrleute bei einer Demonstration gegen die Impfpflicht in Berlin-Tegel.
Berliner Feuerwehrgemeinschaft

Am 1. April 2021, elf Wochen nach dem Impfstart, teilte der Einsatzstab aber mit, dass es zu Übertragungen zwischen „vollständig geimpften“ Kollegen gekommen sei, wobei diese auch symptomatisch erkrankten. „Aktuell gibt es bisher im einstelligen Bereich positiv getestete MA, obwohl diese bereits die Erst- und teilweise die Zweitimpfung inklusive ausreichender Einwirkzeit erhalten haben.“ Der Impfstatus habe keinen Einfluss auf die allgemein geltenden Hygieneregeln. Der Einsatzstab appellierte, sich mindestens einmal pro Woche zu testen. Denn die Feuerwehrleute sollten sich nicht in falscher Sicherheit wähnen.

Mittlerweile nahmen in Deutschland die Impfungen Fahrt auf. Und der Bundestag und die Ministerpräsidentenkonferenz machten die Grundrechte der Menschen von ihrem Impfstatus abhängig.



Berliner Feuerwehr meldet ein Fünftel ihrer Belegschaft als ungeimpft

Viel mehr Beschäftigte der Berliner Feuerwehr verweigern sich der Corona-Impfung als bisher bekannt.

Von Andreas Kopietz

[Berlin](#) 30.11.2022



Anfang Mai 2021 beschloss der Berliner Senat Lockerungen für Geimpfte und Genesene bei den Testpflichten. Befreit wurden etwa Personen, die vollständig geimpft waren und

deren letzte Impfung mindestens 14 Tage zurücklag oder die eine Infektion mit dem Coronavirus hatten, die maximal sechs Monate und mindestens 28 Tage zurücklag. Doch bei der Feuerwehr wurden Geimpfte nicht von der Testpflicht ausgenommen. „Der Entfall der verpflichtenden Testung für den beschriebenen Personenkreis ändert aber nicht die grundsätzlichen Säulen der Teststrategie der Berliner Feuerwehr“, heißt es in der Lagefortschreibung Nr. 147 vom 4. Mai 2021.

„Wer sich impfen lässt, schützt andere“

Hatte die Behörde erkannt, dass die Impfung nicht das hielt, was versprochen wurde? Die Berliner Zeitung wollte deshalb von der Feuerwehr wissen, ob sie genauere Erkenntnisse als der Senat über sogenannte Impfdurchbrüche gehabt habe und ob das Beharren auf den Tests auf erhöhte Vorsicht aus Fürsorge für das Personal zurückzuführen war. Die Pressestelle antwortete nur knapp: „Grundlage war die Berliner InfSchMV mit Gültigkeit ab 01.05.2021. Es wird konkret der aktualisierte § 6c der InfSchMV zitiert. Bereits geimpften Mitarbeitern wird die Selbsttestung weiterhin lediglich empfohlen“, lautet die Antwort.

Allmählich wurde auch in der Öffentlichkeit klar, dass die Erwartungen an die Impfung nicht erfüllt wurden. Doch obwohl im Frühjahr 2021 die ersten Impfdurchbrüche öffentlich wurden, hieß es überall: Wer sich impfen lässt, schützt sich und andere und trägt nicht zur Ausbreitung der Pandemie bei. Auf dieser Aussage basierten die 2G- und 3G-Maßnahmen.



2G auf einem Weihnachtsmarkt 2021
Markus Wächter/Berliner Zeitung

Nachdem dann im Oktober 2021 die Impfdurchbrüche im Berliner Club Berghain publik wurden, überschlugen sich die Meldungen zu weiteren „Superspreader-Events“. Im November war die Zahl der Impfdurchbrüche auf einem derart hohen Niveau, dass dies bei den Einsätzen der Feuerwehr berücksichtigt werden musste.

Die Behörde ordnete für ihre Mitarbeiter „unabhängig vom Impfstatus“ Schutzausrüstung wie FFP2-Maske beim Kontakt mit jedem Patienten an, wie aus der Lagefortschreibung vom 23. November 2021 hervorgeht. „Da auch zunehmend Impfdurchbrüche beschrieben

werden, ist auf das Tragen einer FFP2/FFP3-Maske im Einsatzgeschehen auf keinen Fall zu verzichten“, heißt es darin. „Unabhängig von der Art des Impfstoffes kann es auch bei geimpften Personen zu einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus kommen.“ Das Misstrauen, das schon im Mai geherrscht hatte, hatte sich – den Lagefortschreibungen zufolge – inzwischen bestätigt. Nicht wenige Beschäftigte hatten bis dahin den offiziellen Verlautbarungen geglaubt und mit Verweis auf ihren Impfstatus Sicherheitsvorkehrungen für sich selbst nicht für nötig gehalten.

„Eine Corona-Impfung ist Feuerwehrpflicht.“

Umso merkwürdiger mutet die Mitteilung des Behördenleiters in der Frühjahrsausgabe 2022 der Fachzeitschrift „333“ an. Darin wirbt Landesbranddirektor Karsten Homrighausen immer noch mit dem Impfschutznarrativ: „Mit Impfungen schützen wir nicht nur uns selbst. Wir senken das von uns ausgehende Ansteckungsrisiko im Kontakt mit schutzbedürftigen Patientinnen und Patienten. (...) Eine Corona-Impfung ist Feuerwehrpflicht. Der Gesetzgeber hat dem mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht Rechnung getragen.“

Aus den Lagefortschreibungen ergibt sich, dass die Fälle der Erkrankungen von Mitarbeitern von 2020 bis 2022 drastisch anstiegen – trotz der Impfungen. „Gibt es dafür eine Erklärung innerhalb Ihrer Behörde? Ist man dem nachgegangen?“, wollte die Berliner Zeitung von der Feuerwehr wissen. Die Antwort der Pressestelle dazu: „Bei der Bewältigung des Infektionsgeschehens wurde den vom RKI empfohlenen und aktualisierten Maßnahmen gefolgt.“

Am 10. Dezember 2021 hatte der Bundestag den gemeinsamen Gesetzentwurf von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur „Einrichtungsbezogenen Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal ab 15. März 2022“ beschlossen. In diesen waren auch die Beschäftigten der Berliner Feuerwehr inbegriffen. Denn die Behörde gewährleistet auch den Rettungsdienst.

Behörde übte Druck auf Belegschaft aus und meldete sie dem Amt

Und so wurde all jenen Mitarbeitern, die sich der Impfung verweigerten, mit arbeitsrechtlichen Maßnahmen gedroht. Jeder, der sich nicht vollständig impfen ließ oder keine Angaben zu seinem Impfstatus machte, wurde dem Gesundheitsamt des Bezirks Mitte gemeldet. Das betraf etwa 1300 Beschäftigte.

In jenem Jahr 2022 explodierten die Corona-Zahlen in der Belegschaft. Das Personal wurde noch knapper als ohnehin schon. Bei einer Personalversammlung entlud sich die Wut. Im Sommer berichteten zwei Feuerwehrleute in einem Video, das von der Berliner Zeitung veröffentlicht wurde, von gesundheitlichen Problemen bei Geimpften und von einem „Klima der Angst“ innerhalb der Feuerwehr. Die Behörde übe Druck auf ungeimpfte

Mitarbeiter aus. Daraufhin forderte der frühere Oberarzt des Berliner Rettungsdienstes und Grünen-Politiker Janosch Dahmen bei Twitter den Rauswurf der Männer: „So jemand hat weder im Staatsdienst noch Gesundheitswesen etwas verloren.“

Dazu meldete sich die maßnahmenkritische „Feuerwehrgemeinschaft“ zu Wort; der bundesweite Zusammenschluss von Feuerwehrleuten protestierte gegen den von der Behörde ausgeübten Druck. Auch nach fünf Jahren sind die widerspenstigen Feuerwehrleute der Meinung: „Die Widersprüchlichkeit zwischen der propagierten Erwartung an die SARS-CoV-2 Gentherapie und den tatsächlichen protokollierten Zahlen der Lagefortschreibung führten in der Folge zu offenem Unmut innerhalb der Kollegenschaft der Berliner Feuerwehr, aber bedauerlicherweise nicht zu einem Erkenntnisprozess bei den Verantwortlichen.“ Die Lagefortschreibungen dokumentierten „ein langsames Abgleiten ins personelle Chaos“ infolge der Corona-Maßnahmen, so schreibt es die „Feuerwehrgemeinschaft“ [in einer Erklärung](#).

Die Berliner Zeitung wollte von der Feuerwehr wissen, ob es seitens der Behörde Bedenken beziehungsweise Widerstand gegen die Impfpflicht gab und wenn ja, in welcher Form. Die karge Antwort lautet: „Es galten die allgemeingültigen rechtlichen Grundlagen, die auch für die Angehörigen der Berliner Feuerwehr bindend waren.“



Karsten Homrighausen, Landesbranddirektor Berlin, während eines Pressetermins
Sebastian Gollnow/dpa

Würde Berlins Feuerwehrchef das noch einmal so sagen?

Auf die Frage, ob Behördenchef Homrighausen auch heute noch mit dem Impfschutz-Narrativ werben würde wie 2022 in der Zeitschrift „333“ antwortet die Pressestelle: „Die STIKO (*Ständige Impfkommision, d.Red.*) hält bis heute ihre Impfempfehlung aufrecht, um schwere Covid-19-Verläufe zu verhindern, mögliche Langzeitfolgen von SARS-CoV-2-Infektionen in der gesamten Bevölkerung so weit wie möglich zu reduzieren und Beschäftigte in der medizinischen und pflegerischen Versorgung vor SARS-CoV-2-Infektionen zu schützen.“

Dass letztlich in Berlin kein Feuerwehrmann seinen Job verlor, lag unter anderem am Gesundheitsamt Mitte, das dem Eifer des Berliner Senats und der Feuerwehrleitung nicht wirklich folgte – angeblich, weil es kein Personal dafür hatte. Im Sommer 2022 schrieb Mittes Gesundheitsstadtrat Christoph Keller (Die Linke) an den stellvertretenden Landesbranddirektor unter anderem: „Gegenwärtig erfolgt die Erfassung und Digitalisierung aller dem Gesundheitsamt Mitte postalisch und analog (...) gemeldeten Personen. Diese Erfassung erfolgt schrittweise, da dem Bezirk für diese neue gesetzliche Aufgabe keine zusätzlichen Personalressourcen/Finanzmittel für das Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt wurden.“ Und weiter heißt es: „Die Dauer der individuellen Fallbearbeitung lässt sich gegenwärtig nicht abschätzen, weshalb auf absehbare Zeit nicht mit vom Gesundheitsamt Mitte ausgesprochenen Betretungs- oder Beschäftigungsverboten zu rechnen ist.“

Am 31. Dezember 2022 endete die einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Die genannten Lagefortschreibungen der Berliner Feuerwehr können [hier im Original](#) heruntergeladen werden (anonymisiert durch Elephantlabs.ai).

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.